

# Kein Bedarf nach Rohstoffen

## Regionalverband ebnet Weg für Naturschutzgebiet „Ziegelhäule“

**Mühlacker** (ko). Planungsrechtlich steht der Ausweisung des Naturschutzgebiets „Ziegelhäule“ am Waldrand zwischen Heidenwäldle und Lienzingen nichts mehr im Weg. In der Vollversammlung des Regionalverbands wurde der Weg für das Vorhaben des Regierungspräsidiums (RP) dahingehend geebnet, dass das dortige Rohstoffvorkommen für Ziegelprodukte nicht mehr für einen neuerlichen Abbau geschützt wird. Bis vor etwa zehn Jahren wurde dort auf einer Fläche von rund 1,5 Hektar Lösslehm und Tonmergel gewonnen. Nach der Aufgabe der Ziegelproduktion in Mühlacker im Jahr 2009 besteht im weiteren Umkreis kein Bedarf mehr nach Rohstoffen zur Ziegelherstellung. Seitdem blieb das Gelände weitestgehend sich selbst überlassen und die Natur nahm davon Besitz. Mit der Folge, dass sich eine Tier- und Pflanzenwelt ansiedelte, die das Regierungspräsidium veranlasste, insgesamt elf Hektar aus artenschutzrechtlichen Gründen unter Naturschutz zu stellen. Dieses Vorhaben kann nunmehr umgesetzt werden, weil der bisherige Status „Rohstoffsiche-



LÖSSLEHM UND TONMERGEL sollen im „Ziegelhäule“ nicht mehr abgebaut werden.  
Foto: ko

rung“ durch den Regionalverband aufgegeben wird. Kritik gegen das Vorhaben kam lediglich vom Kreisbauernverband, weil es früher einmal geheißen hatte, dass nach Aufgabe des Tonabbaus die Flächen wieder zur landwirtschaftli-

chen Nutzung bereitgestellt würden. Der Verband sprach deshalb von einem „erheblichen Vertrauensverlust von Seiten der Landwirte in behördliches Handeln“. Die Bauern befürchteten zudem eine verstärkte Verbreitung von Giftpflanzen. Der Regionalverband sah da freilich keine Veranlassung, das geplante Schutzverfahren zu torpedieren, zumal diese Gebietsausweisung bereits 2014 in Mühlacker diskutiert und dort „zugunsten des Naturschutzes abgewogen“ worden sei. Einwände aus der Bauernschaft müssten gegebenenfalls im anstehenden Naturschutzverfahren des RP vorgebracht werden.

chen Nutzung bereitgestellt würden. Der Verband sprach deshalb von einem „erheblichen Vertrauensverlust von Seiten der Landwirte in behördliches Handeln“. Die Bauern befürchteten zudem eine verstärkte Verbreitung von Giftpflanzen. Der Regionalverband sah da freilich keine Veranlassung, das geplante Schutzverfahren zu torpedieren, zumal diese Gebietsausweisung bereits